

# Inhalt



Vorwort des Ministerpräsidenten .....	5
Vorwort der Regierungspräsidentin .....	6
Vorwort des Landrats .....	7
Vorwort der Oberbürgermeisterin .....	8
Vorwort des Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Karlsruhe .....	9
Abschreiben verboten! – Vorwort des Verfassers .....	10
Stutensee – in der Unteren Hardt und der Oberrheinischen Tiefebene .....	12
Von der Vorzeit bis zur ersten urkundlichen Erwähnung .....	15
Spaha und Spahahi oder Spechaa – von einem Damm aus Rutengeflecht umgeben .....	16
Stafphort – Castell und Schloss „an der steten Furth“ .....	20
Blankenlach und Buchech – zwei Gemeinden „auf der Hardt“ .....	25
Friedrichstal – Hugenottengemeinde von Friedrich Magnus’ Gnaden .....	36
Der Namensgeber: Das Jagd- und Lustschloss Stutensee .....	40
Die Kommunalreform in Baden-Württemberg .....	45
Die Kreisreform 1973 .....	45
Die Gemeindereform 1975 .....	48

Die Bürgerinitiative für die Viererlösung .....	62
Wir wollen von Karlsruhe nichts wissen – aus den Gemeinderatsprotokollen der Gemeinde Blankenloch .....	73
Selbstständig um jeden Preis – aus dem Archiv der Gemeinde Friedrichstal .....	78
Für die Dreierlösung mit Spöck als Verwaltungssitz – aus dem Archiv der Gemeinde Spöck .....	84
Die Viererlösung als Endziel – aus dem Archiv der Gemeinde Staffort .....	92
Der Stutensee-Vertrag .....	99
Die Hauptsatzung der Gemeinde Stutensee .....	107
Einige Aspekte der Entwicklung Stutensees bis heute .....	110
Die Ernennung zur Großen Kreisstadt .....	116
Der Bau der Stadtbahnverbindung .....	121
Zeitzeugen erinnern sich .....	128
50 Jahre Stutensee – Stutensee in 50 Jahren? .....	138
Schlussbemerkung und Dank .....	144

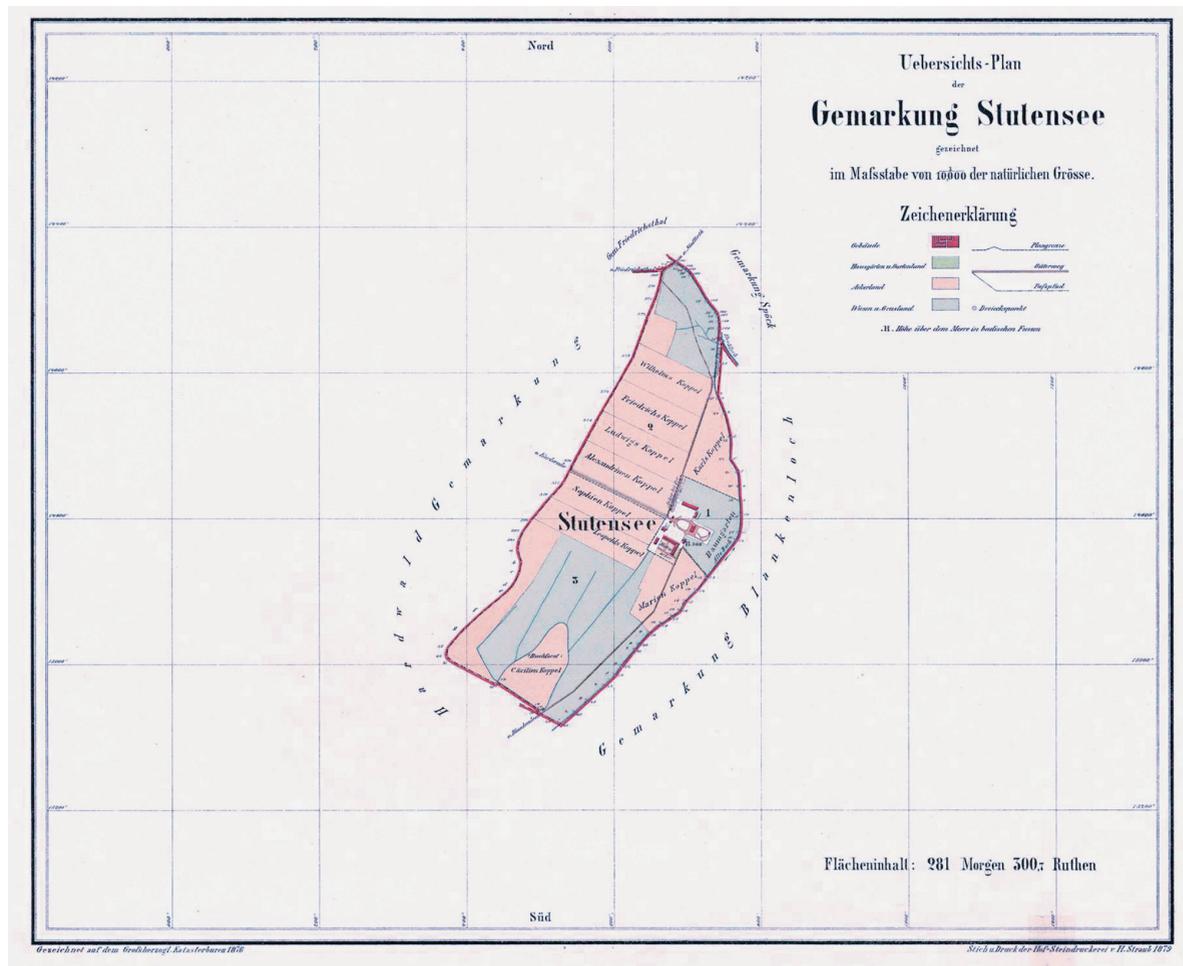


# Der Namensgeber: Das Jagd- und Lustschloss Stutensee

Der Name „Stutensee“ ist allgemein bekannt, und die richtige Schreibweise kennt man auch. Allerdings setzte sich diese Schreibweise erst im 19. Jahrhundert durch und wurde ab 1901 verbindlich. Vorher war alles möglich: „Stuttensee“

war vermutlich am gängigsten, aber auch „Stuten-See“, „Studten-See“, „Studtensee“ oder gar „Stuttenseeh“. Allen Namen gemeinsam ist die Tatsache, dass es „Stutten“ gab und ein „Ge-stüdt“ existierte.

Gemarkungskarte von 1879  
(Quelle: Generallandesarchiv  
Karlsruhe)



Quellen:  
Kreisarchiv des Landkreises  
Karlsruhe (Hrsg.), Bernd Breit-  
kopf, Konrad Dussel, Schloss  
Stutensee – Vom Jagdschloss zur  
Jugendeinrichtung, Beiträge zur  
Geschichte des Landkreises  
Karlsruhe Band 9, 2012;  
Kreisarchiv des Landkreises  
Karlsruhe (Hrsg.), 25 Jahre im  
Landkreis Karlsruhe, 1998

Bereits Mitte des 16. Jahrhunderts ließ Markgraf Karl II. ein Fischwasser anlegen, den Zwingelsee oder Blankenlocher See, im wasserreichen Gebiet nahe des Wasserschlosses im nahe gelegenen Staffort. Die Residenz des Markgrafen war damals Pforzheim, 1565 verlegte er sie nach Durlach und begann mit dem Bau der Karlsburg.

Bereits 1571 wurde das Wasser des Sees abgelassen. Die Gemeinden Blankenloch und Spöck hatten dies gefordert, um das Gelände in Wiesen und Äcker umwandeln zu können. Es wurde für 1.000 Gulden im Jahr an Blankenloch (4/5) und Spöck (1/5) verpachtet. Lediglich ein kleiner Rest des Sees blieb zur Wiesenbewässerung erhalten.

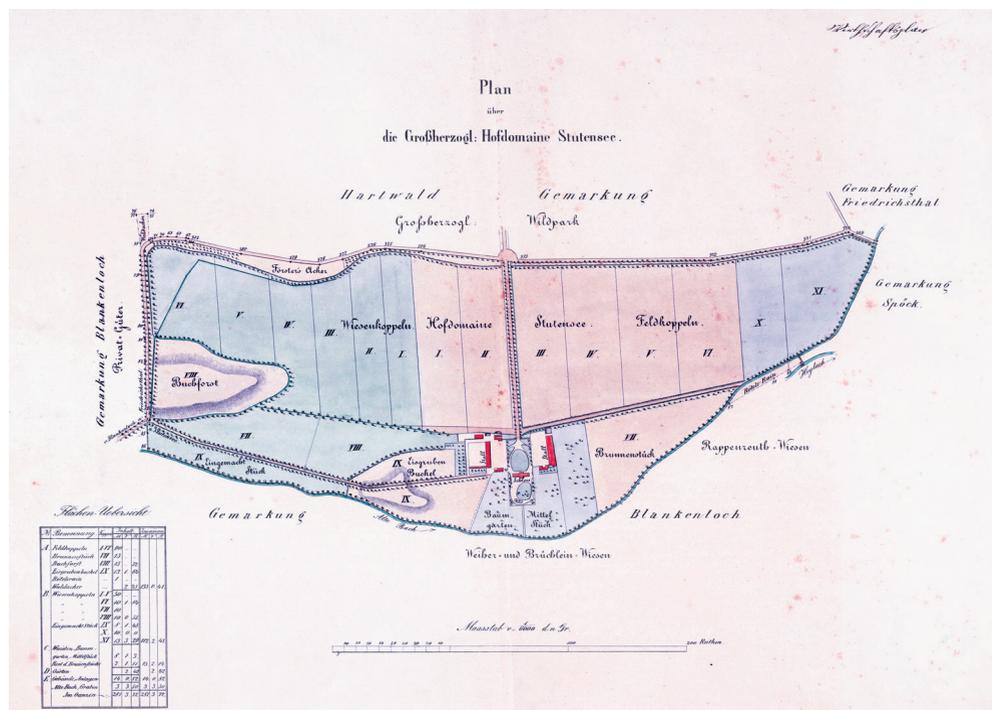
Aufgrund des dramatischen Bevölkerungsrückgangs im Zuge des Dreißigjährigen Krieges ging auch der Bedarf an landwirtschaftlicher Nutzfläche zurück. Und so wurde im Jahre 1652 – vor 370 Jahren – zum ersten Mal ein markgräflicher Stutenhof am Blankenlocher See erwähnt, und der Name „Stutensee“ war geboren.

Kriegerische Auseinandersetzungen mit Frankreich beherrschten das 17. Jahrhundert. Trotzdem wurde Stutensee ausgebaut.

Markgräfin Augusta Maria kaufte im Jahr 1680 Flächen hinzu und ließ im gleichen Jahr einen größeren Stuten- und Fohlenhof bauen. Bekannt ist, dass die benötigten Ziegel in der Ziegelhütte in Liedolsheim gebrannt wurden.

Im Jahr 1720 begannen der Bau eines hölzernen Lustschlosses und neuer Stallungen in Stutensee. Die vermutlich erst damals geschaffene Stellung der Gebäude ist bis heute erhalten: Die beiden Ställe stehen im rechten Winkel zum Hauptbau. Das große „U“ ist nach Westen, zum Hartwald hin, offen. Die „Stutenseer Querallee“ bildet die Öffnung zum Hof.

Im Zuge des Polnischen Erbfolgekrieges wurde ab dem 15. Juni 1735 die Hardt großflächig unter Wasser gesetzt. Der deutsche Feldherr Prinz Eu-



gen wollte den Vormarsch des Feindes erschweren. Das Hofgut wurde schwer beschädigt. Im Jahre 1739 wurde der ältere Fohlenstall repariert, im Sommer 1748 der jüngere.

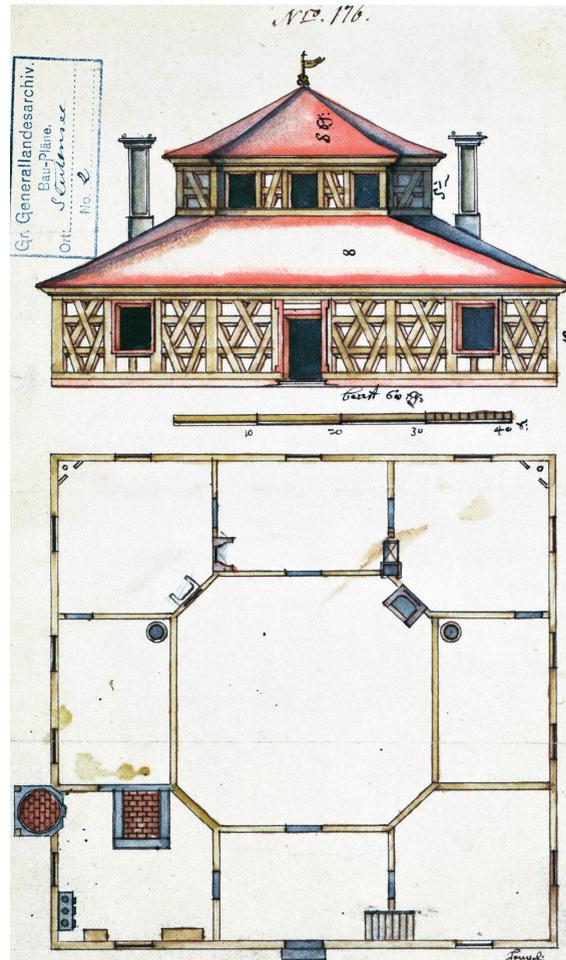
Mit dem Verzicht auf den Wiederaufbau des 1676 zerstörten Wasserschlosses in Staffort wurde Baumaterial – Steine – für den Neubau des steinernen Schlosses Stutensee frei. Den Entwurf fertigte Leopoldo Retti, der auch Erbauer des Stuttgarter Schlosses war.

Am 22. November 1746, einen Tag nach seinem 18. Geburtstag, übernahm Karl Friedrich die Regierung der Markgrafschaft Baden-Durlach. Ein besonderes Augenmerk richtete er auf die Landwirtschaft. Sie bildete für ihn die Quelle des Wohlstandes.

Er übernahm das Gedankengut der sogenannten Physiokraten, die in der Landwirtschaft die einzige Quelle der Nettoproduktion ausmachten.

Hofdomäne Stutensee (Quelle: Generallandesarchiv Karlsruhe)

Das herrschaftliche „Lusthaus“ aus dem Jahr 1721 (Quelle: Kreisarchiv des Landkreises Karlsruhe)



Wirtschaftswachstum sei nur durch Intensivierung der Landwirtschaft zu erzielen.

Bei der Förderung und Intensivierung der Landwirtschaft kam den fürstlichen Mustergütern eine besondere Bedeutung zu. Hierzu gehörten das Kammergut Gottesau und die Domäne Stutensee.

Mit dem Bau des neuen Schlosses wurde auch ein Wohnhaus für den Gestütsleiter errichtet, das zunächst einstöckige sogenannte Fohlenmeisterhaus. Später kam ein Haus für vier „Fohlenknech-

te“ und deren Familien hinzu, und das Fohlenmeisterhaus wurde aufgestockt und erweitert.

In den Jahren 1752 und 1753 konnte ein neuer, „riesiger“ Fohlenstall errichtet werden. Der Chronist vermerkt, dass für die Konstruktion 26.272 Schuh Kiefernholz erforderlich waren. Dies entspricht 599 mindestens 13.5 m langen Stämmen. Hinzu kamen 68 Stämme „Forle“ (= Kiefer) für den Bodenbelag und etwa 162 Stämme Eiche. Die Steine für die Außenmauern wurden wie früher aus Staffort geholt.

Im Schloss Stutensee selbst war lediglich eine kleine Küche vorhanden. Eine Art Bretterhütte diente deshalb als Ersatz. Jahre später wurde ein separater „Küchenbau“ erstellt, der auch Räume für das Küchenpersonal beinhaltete und als „Pavillon“ bezeichnet wurde.

Das vorläufige Ende der Bautätigkeit war 1773 erreicht: Der alte Hengststall wurde durch einen neuen ersetzt.

Nachdem der Ausbau des Gestütes nahezu abgeschlossen war, wurden im Jahre 1752 neue rechtliche Rahmenbedingungen für die Pferdezucht erlassen. Ziel war es, „Bauernhengste“ und „Klupper“ (= Klepper?) „wegzuschaffen“. Im „Unterland“ um Karlsruhe gab es drei sogenannte Beschälplätze, wo die Stuten von ausgesuchten Hengsten gedeckt wurden. Eggenstein, Schreck (= Leopoldshafen), Hochstetten, Stafforth, Büchet (= Büchig), Friedrichsthal, Blankenloch und Spöck waren Stutensee zugeordnet.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war das Gestüt in Stutensee mehr oder weniger sich selbst überlassen. Die europäischen Herrscher waren mit Napoleon und anderen kriegerischen Auseinandersetzungen beschäftigt. Sparsamkeit war angesagt. Ein Antrag auf Gehaltserhöhung des „Gestütinspector“, wie der Fohlenmeister inzwischen hieß, wurde Ende 1886 nur befristet gewährt. Notwendige Reparaturarbeiten wurden, auch wenn sie der Baudirektor Friedrich Weinbrenner höchst-

„In seltener Einheit“, so der Chronist, bildete sich eine Interessengemeinschaft, „die mit demokratischen Mitteln versuchte, ihr Ziel zu erreichen“.

„Obwohl durch die Entscheidungskapriolen Zweifel an der Demokratie laut wurden“, gaben sich die Mitglieder nicht geschlagen. Starkes Engagement auf allen Ebenen kennzeichnete die Arbeit der spontan gegründeten Bürgerinitiative. Resolutionen wurden verfasst, Gespräche mit den verantwortlichen Politikern geführt, Plakate und Prospekte entworfen, Briefe und Presseartikel geschrieben und Erfahrungen mit Vertretern von Gemeinden ausgetauscht, die in einer ähnlichen Lage waren.

Es war nicht Sinn der Aktivitäten nur gegen etwas zu sein, gegen die Eingemeindung von Blankenloch nach Karlsruhe, sondern für etwas zu sein, für den Zusammenschluss der Gemeinden Blankenloch, Friedrichstal, Spöck und Staffort zu einer „Großgemeinde“, die den Namen Stutensee tragen sollte.

Die Mitglieder der Bürgerinitiative (aus Blankenloch, Friedrichstal und Staffort) waren nach Heinz Bender:

Dr. Werner Fischer, Emil Füzler und Heinrich Sickingen als Sprecher, Hans Amolsch, Johanna Burghardt, Martin und Hanne Fritz, Eva-Maria Gehrke, Egon Heeger, Willy Hellriegel, Helmut Hofheinz, Hermann Kiefer, Siegfried Klingele, Dr. Helmut Kroh, Dieter Kubach, Arthur Lacroix, Lothar Langer, Gerhard Lehmann, Wolfgang Lehmann, Alfons Müller, Wilfried Oberacker, Dr. Gerd Ratz, Heinz Ratz, Hans Schmiady, Fritz Seeger, Hans Seitz und Eduard Zoller.

In handschriftlichen Aufzeichnungen tauchen weitere Namen auf: H. Mangold aus Spöck, aus Staffort B. Haut und E. Speckert, aus Blankenloch H. Pawlik, H. Schnell, K. Jung, K. Krüger, H. Körber, W. Plume und B. Linder.

Das erste handschriftliche Stichwortprotokoll von einer Zusammenkunft im Gasthaus „Zur Blume“ datiert vom 20. August 1973. Es wurden Argumente für und gegen eine Eingemeindung von Blankenloch nach Karlsruhe gesammelt, gegenübergestellt und bewertet. Breiten Raum nahmen landesplanerische Gesichtspunkte ein. Organisatorisch wurden ein „Plakatausschuss“ und ein „Werbeausschuss“ für Flugblattaktionen gebildet.

In der nächsten öffentlichen Gemeinderatssitzung sollten verschiedene Anträge gestellt werden, zur finanziellen Unterstützung der Bürgerinitiative (BI), zur Festlegung eines Rederechts der BI in Gemeinderatssitzungen, zum Austausch von Informationen zwischen Gemeindeverwaltung und BI und zu einer möglichen Rechtsberatung durch das Landratsamt oder das Regierungspräsidium.

Zwei Tage später fand eine Besprechung von Dr. Werner Fischer und Hans Seitz, dem eigentlichen Initiator der Bürgerinitiative, mit Bürgermeister Friedrich Haisch statt. Unter anderem wurde eine detaillierte Information der Bevölkerung vereinbart, eine Aussprache mit den Abgeordneten und eine Kontaktaufnahme mit Staatssekretär Erwin Teufel.

Als „Verbindungsmann“ zwischen BI und Gemeindevverwaltung sollte Karl Jung fungieren, der regelmäßig an den Zusammenkünften der BI teilnahm.

### Quellen:

Unterlagen der Bürgerinitiative von Prof. Dr. Werner Fischer

Unterlagen der Bürgerinitiative von Wolfgang Lehmann

Veröffentlichungen der Badischen Neuesten Nachrichten

Am 27. August 1973 beschäftigte man sich mit dem Herstellen von Plakaten und in der dritten Sitzung am 11. September erneut mit Plakaten, jetzt unter der Überschrift „Kämpft für die Viererlösung“. Im Mitteilungsblatt von Blankenloch sollten verstärkt laufende Informationen veröffentlicht werden. Und ein Brief an den Gemeinderat von Friedrichstal wurde verfasst.

Es folgte ein Gespräch mit dem Landtagsabgeordneten des Wahlkreises Bretten, Ernst Kühnle. Das sogenannte Vorschaltgesetz sollte am 1. November in Kraft treten, Stuttgart hatte Bürgeranhörungen angeordnet. Die Vorlage des Gesetzesentwurfs war für Januar 1974 vorgesehen, die erste Lesung im Landtag im Februar.

Der Vorsitzende des Verwaltungsreformausschusses, der Abgeordnete Erwin Gomeriger aus Meßstetten, sollte eine Broschüre der BI erhalten, ebenso Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger.

Bei einer Veranstaltung der CDU, an der viele Bürgermeister, der Landtagsabgeordnete Dr. Lothar Gaa und Vertreter der BI teilnahmen, war insbesondere die Schaffung von Nachbarschaftsverbänden Thema. Schwerpunkt der Gebietsreform sollte nicht die Eingemeindung, sondern die Schaffung größerer Gemeinden im Stadtumland sein. Die Frage der Leistungs- und der Verwaltungskraft sei dabei allerdings nicht entscheidend. 8.000 Einwohnerinnen und Einwohner war als Mindestgröße vorgesehen, im Stadtumland deutlich mehr.

In der Zusammenkunft am 8. Oktober 1973 wurde eine Tonbildschau vorbereitet, für die Hans Amolsch und Wilfried Oberacker verantwortlich zeichneten, als Antwort auf den „Werbefeldzug“ der Stadt Karlsruhe, und ein Brief an das Staatsministerium verfasst.

Die Situation in Neureut und ein Positionspapier des Landkreises Karlsruhe bzw. des Kreistags wurden beleuchtet.

Die Befürworter der Dreierlösung sagen:  
 „Jeder echte Spöcker muß der Dreierlösung zustimmen, denn in der Gesetzesvorlage lautet der § 13: Aus den Gemeinden Friedrichstal, Spöck und Staffort wird die neue Gemeinde Spöck gebildet.“  
 Wer die Gemeindeordnung und den Entwurf des Gemeindereformgesetzes (§ 3 und 4) kennt weiß, daß der Wortlaut im Gesetz keine Bedeutung für die Zukunft hat. Deshalb steht auch auf dem Stimmzettel nicht der Wortlaut von § 13 sondern:  
 „Sind Sie für die Vereinigung der Gemeinden Spöck mit den Gemeinden Friedrichstal und Staffort zu einer neuen Gemeinde?“  
 Wer die geschichtliche Entwicklung in unserem Raum kennt und wer in der Bürgerversammlung in Spöck den Bericht von Bürgerverfolgte, weiß um die vielfältigen Belastungen innerhalb einer Dreierlösung.  
 Zunächst gibt es Streit um den neuen Namen, dann um den neuen Verwaltungssitz, dann . . . .  
 Sie gehen diesem Gezank, wenn Sie eintreten für die Viererlösung und damit für die neue Gemeinde

### Stutensee.

Der neuen Gemeinde Stutensee gehört die Zukunft! Ihr Gemeinderat hat dies im Mai 1973 weitblickend erkannt und sich einstimmig für die Viererlösung ausgesprochen.

#### Nur so stimmen Sie deshalb richtig:

1. Sind Sie für die Vereinigung der Gemeinde Spöck mit den Gemeinden Friedrichstal und Staffort zu einer neuen Gemeinde?  

Ja	Nein
----	------
2. Sind Sie für die Vereinigung der Gemeinde Spöck mit den Gemeinden Blankenloch, Friedrichstal und Staffort zu einer neuen Gemeinde?  

Ja	Nein
X	

## VIERERLÖSUNG - beste Lösung - auch für Spöck!

Ziel der Gebietsreform ist die Schaffung großer Gemeinden (ca. 20.000 Ew) im Umlandbereich der Städte. Wer daher für die Dreierlösung eintritt, fördert langfristig die Eingemeindung nach Karlsruhe oder Bruchsal. Fünf Landtagsabgeordnete äußerten in Blankenloch:

### „Die Dreierlösung hat keine Zukunft“

Manche Politiker erwarten sogar, daß die Dreierlösung die dritte Lesung des Gemeindereformgesetzes nicht überleben wird. Hier die wichtigsten Nachteile der Dreierlösung:

**Verkehrssituation:** Wenn Blankenloch von Karlsruhe eingemeindet wird, erhält es städtische Busse. Das Verkehrsaufkommen der Linie Spöck Karlsruhe wird geringer, so daß weniger Busse fahren werden. Spöck und Staffort kommen in einen Verkehrsschatten.

**Bildungszentrum:** Die Kinder würden auch in Zukunft weiterbildende Schulen in Karlsruhe besuchen. Schulische Abhängigkeit von der Stadt liefert dieser weitere Eingemeindungsargumente.

Die Viererlösung ist auch bezüglich Finanzkraft, Verwaltungszuständigkeit und der Gefahr der Umweltbelastung durch Industrialisierung der Dreierlösung überlegen. Wußten Sie schon, daß bei der Verwirklichung der Viererlösung zu verzichten, um zunächst nördlich von Stutensee ein beheiztes Freibad für ALLE zu bauen!

**Wer die Interessen Spöck's vertritt, stimmt für die VIERERLÖSUNG!**

Der Landrat musste allerdings feststellen, dass der Kreistag kein Interesse an der Eingemeindungsproblematik zeigte. Es gäbe viel zu viele „Kriegsgewinnler“ in den eigenen Reihen.

Und der Fraktionsvorsitzende der CDU, der Bruchsaler Oberbürgermeister Dr. Adolf Bieringer, betonte, dass er die Interessen der Stadt Bruchsal vertreten müsste und nicht die der Umlandgemeinden.

Am 1. Oktober traf man sich zunächst mit der BI Neureut und tauschte sich aus. Danach diskutierten man die Situation in Spöck. Dort sei die „bevorzugte Lösung“ natürlich die Dreierlösung. Allerdings gäbe es unterschiedliche Interpretationen der Situation in Friedrichstal und Spöck, abgesehen von den Animositäten, die es gäbe, und der Frage der Namensgebung einer Gemeinde aus den Ortschaften Friedrichstal, Spöck und Staffort.

Man formulierte eine Empfehlung für die Bürgeranhörung in Spöck: Enthaltung bei der Frage

Aufruf in Spöck (Quelle: Archiv Bürgerinitiative Viererlösung)

# Liebe Einwohner von Staffort!

Am kommenden Sonntag liegt die Entscheidung über das Schicksal unserer Gemeinde für die kommenden Jahrzehnte in Ihren Händen.

Mit Ihrer Stimme haben Sie darüber zu entscheiden, ob sich Staffort mit den Gemeinden Blankenloch, Friedrichstal und Spöck zu der neuen Einheitsgemeinde

## Stutensee

(Viererlösung) vereinigt, oder lediglich eine Fusion mit den Gemeinden Friedrichstal und Spöck (Dreierlösung) eingehen will.

Die „Bürgerinitiative Staffort“, die aus diesem Anlaß ins Leben gerufen wurde, tritt vorbehaltlos für die **Viererlösung** ein, weil

- nur eine Großgemeinde zwischen den beiden Städten Karlsruhe und Bruchsal auf die Dauer selbständig bestehen kann;
- wesentliche Verwaltungszuständigkeiten, die bisher das Landratsamt Karlsruhe wahrgenommen hat, auf die Großgemeinde übergehen;
- die größere Finanzkraft der „Einheitsgemeinde Stutensee“ Verwirklichung der erforderlichen Vorhaben der neuen Großgemeinde garantiert;
- auf dem Bildungssektor die neue Großgemeinde durch die Einrichtung weiterführender Schulen unabhängig ist;
- eine größere Gemeinde bessere Anreize für die Ansiedlung von neuen Industrien bietet und auch hinsichtlich der Standortfrage unmittelbar Einfluß genommen werden kann;
- nur in Gemeinschaft mit der Gemeinde Blankenloch innerhalb der Viererlösung eine Verbesserung der bestehenden Busverbindungen zu erreichen ist;
- keine der vier Gemeinden über den 31. 12. 1974 hinaus selbständig bleiben kann.

Da es auf jede Stimme ankommt, rufen wir alle stimmberechtigten Einwohner auf, sich am kommenden Sonntag, dem 20. Januar 1974, für die „**Viererlösung**“ zu entscheiden.

Nur so stimmen Sie **richtig** ab:

1. Sind Sie für die Vereinigung der Gemeinde STAFFORT mit den Gemeinden FRIEDRICHSTAL und SPÖCK zu einer neuen Gemeinde?

Ja	Nein
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Sind Sie für die Vereinigung der Gemeinde STAFFORT mit den Gemeinden BLANKENLOCH, FRIEDRICHSTAL und SPÖCK zu einer neuen Gemeinde?

Ja	Nein
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die Bürgerinitiative Staffort

Aufruf in Staffort (Quelle: Archiv  
Bürgerinitiative Viererlösung)

nach der Dreierlösung und ein Ja zur Viererlösung.

„Die Bürgerinitiative informiert“: In fünf Fortsetzungen informierte die BI auf der Titelseite des Mitteilungsblattes der Gemeinde Blankenloch, am 5., 19. und 26. Oktober sowie am 2. und 16. November 1973:

Die Bürgeranhörung am 20. Januar 1974 sei für die Zukunft Blankenlochs von großer Bedeutung. Ein eindeutiges Votum würde in Stuttgart beachtet. Als Beleg wurden die Aktionen zur Erhaltung des Landkreises Karlsruhe angeführt, für den sich auch 55,5 % der Bürgerinnen und Bürger in Blankenloch ausgesprochen hätten.

„Sprechen Sie mit Ihren Verwandten, Bekannten und Nachbarn und fordern Sie diese auf, zur Bürgeranhörung zu gehen und mit **NEIN** zu stimmen. Jede Stimme ist wichtig“. So rief die BI auf.

Karlsruhe kenne die Bedeutung der Anhörung und versuche mit weiteren Flugblättern, die Bürgerinnen und Bürger zu verunsichern.

Blankenloch sollte zu einem „Industrie-Vorort“ degradiert werden. Aus Sicht der Stadt Karlsruhe sei die Eingemeindung Blankenlochs (auch) zur Deckung des Bedarfs an Industriegelände dringend notwendig.

Den Vorwurf, dass der Blankenlocher Gemeinderat nicht zu Verhandlungen mit der Stadt Karlsruhe bereit sei, wies die BI entschieden zurück. Jede Verhandlungsbereitschaft würde in Stuttgart als Resignation aufgefasst. Alle Landespolitiker hätten im vertraulichen Gespräch dringend abgeraten, Verhandlungen zu führen.

Am 11. Oktober 1973 betonte die BI in einer Pressemitteilung, dass die Viererlösung die einzige Lösung in der nordwestlichen Hardt wäre, die Aussicht hätte, den Expansionsgelüsten der Stadt Einhalt zu gebieten und den Richtlinien des Landesentwicklungsplans zu genügen.

Die Dreierlösung sei für die Übernahme einer Entlastungsfunktion zu klein, insbesondere für ein Bildungszentrum und weitere Verwaltungsfunktionen. Es würden erneut Verflechtungen mit der Stadt benötigt. Die Eingemeindung nach Karlsruhe wäre nur aufgeschoben und nicht aufgehoben.

Die Viererlösung würde einer ringförmigen Ausbreitung des Verdichtungsraumes Stadt ent-

## Die Viererlösung als Endziel – aus dem Archiv der Gemeinde Staffort

Die Akten zum Thema Kommunalreform sind im Stafforter Archiv unter dem Stichwort „Gemeindegebiet“ abgelegt. Sie beginnen mit den Seiten 861 und 862 der Kommunalpolitischen Blätter Heft 19 vom 10. Oktober 1968. Anlässlich der Amtseinführung des Heidelberger Oberbürgermeisters Zundel wies Innenminister Krause auf die Notwendigkeit hin, „die Stadt-Umland-Verhältnisse vorrangig zu regeln“ und eventuell „die Region als neue Rechtsfigur im Kommunalrecht von Baden-Württemberg zu verankern.“

Die Zeitschrift „Die Gemeinde“ für das Verwaltungs-, Finanz- und Rechnungswesen der badischen Selbstverwaltung Nr. 1 vom 1. Januar 1969 beschäftigte sich mit dem Thema „Stärkung der Verwaltungskraft kleiner Gemeinden – Kampf um die Erhaltung der Selbstständigkeit.“

Am 10. Februar 1969 weist der Karlsruher Regierungspräsident in einer Presseerklärung zur Frage „Eingemeindungen in Nordbaden?“ auf Folgendes hin: „Als wirkliche Gefährdung für die Demokratie erweist sich die Haltung derjenigen, die durch starres Festhalten am Hergebrachten gesunde Reformen verhindern und so die Anpassung an die veränderte Welt der Gegenwart und der Zukunft blockieren.“

Der Untergrombacher Bürgermeister fragt mit Datum vom 16. Mai 1969 seinen Stafforter Kollegen Hauck: „Ich bin sicher, daß es außer den bereits bestehenden Kooperationen auf dem Gebiet der Waldbewirtschaftung und Ziegenbockhaltung noch weitere Möglichkeiten zur gemeinschaftlichen Lösung von Verwaltungsaufgaben sowie kommunaler Probleme gibt.“ Er lud zu einem gemeinsamen Gespräch ein.

Die Kommunale Zielplanung vom 6. März 1970 sah mit der Übersicht der Gemeinden im Landkreis Karlsruhe 17 Verwaltungseinheiten vor, u. a. Büchenau, Friedrichstal, Neuthard, Spöck und Staffort mit etwa 12.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und Blankenloch als selbstständige Gemeinde mit 5.715.

Bürgermeister Arnold Hauck schreibt (dazu) am 9. April 1970 an das Landratsamt. Eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden sei möglich, aber als selbstständige Gemeinde. Er verwies am 18. Mai 1971 nochmals auf die bereits gute Zusammenarbeit im Rahmen der Zweckverbände „Wasserversorgung Mittelhardt“ und „Abwasserverband Kammerforst“.

Im Rahmen der bereits an anderer Stelle genannten Anhörung in der Rheinhalle in Leopoldshafen mit dem Innenminister zum Thema „Zuordnung der Verwaltungsräume im Stadt-Umland-Bereich“ seien zwei Alternativen diskutiert worden. Blankenloch und Weingarten oder Blankenloch, Friedrichstal, Spöck, Staffort und Weingarten, also die spätere Viererlösung mit Weingarten.

Im Januar 1972 bittet Bürgermeister Hauck das Statistische Landesamt um Berechnung der Sonderzuweisung bei einem möglichen Zusammenschluss der Gemeinden Spöck und Staffort.

Ein ausführliches Schreiben von Bürgermeister Hecht aus Spöck zum Thema „Behandlung von Fragen zur Zielplanung – mögliche Gemeindezusammenschlüsse im Raum der nördlichen Hardt“ vom 29. Januar 1972 erreicht Bürgermeister Hauck und den Stafforter Gemeinderat. Anhand einer chronologischen Übersicht erläu-

tert Richard Hecht, dass jetzt ein „letztes Aufspringen“ auf den Reformzug möglich sei.

Und am 2. Februar trafen sich die umgehend gebildeten Verhandlungskommissionen der beiden Gemeinden in Saffort. Mit Friedrichstal sollten so schnell wie möglich Gespräche aufgenommen werden. Gespräche mit Blankenloch wurden abgelehnt. Die Gefahr, in den Eingemeindungssog nach Karlsruhe zu geraten, wurde als zu groß eingeschätzt.

Spöck und Staffort wollten in der nördlichen Hardt vorgehen und sich zusammenschließen, mit einer Ortschaftsverfassung und der unechten Teilortswahl. Eine Liste von Investitionen wurde zusammengestellt, insbesondere zum Erhalt der Grundschule in Staffort und zum Bau einer Mehrzweckhalle.

Fünf Tage später, am 7. Februar, traf ein Brief des Blankenlocher Bürgermeisters Friedrich Haisch ein. Er warb für die Viererlösung und teilte mit, dass das Innenministerium sie genehmigen würde. Die Eingemeindung nach Karlsruhe wäre vom Tisch. Trotzdem wurde eine Vereinbarung zur Eingliederung der Gemeinde Staffort in die Gemeinde Spöck vorbereitet. Im Rahmen einer zweiten Sitzung der Kommissionen wurde um Formulierungen gerungen, damit für Staffort keine Nachteile entstehen. Ein ausführliches zehnteiliges Protokoll liegt vor.

Der Stafforter Gesamtgemeinderat sah jedoch in der Verbindung Spöck-Staffort „auf die Dauer keine befriedigende Lösung“. Die Gemeinde Spöck sollte zur Bildung einer Großgemeinde in der nördlichen Hardt verpflichtet werden, mit Blankenloch und Friedrichstal Gespräche zu führen und Verhandlungen aufzunehmen. Das Nahziel sei Spöck und Staffort, das Fernziel die Viererlösung teilte Arnold Hauck dem Blankenlocher Bürgermeister mit.

Weitere Sondierungen in der Nachbarschaft blieben ohne Erfolg. Büchenau lehnte dankend ab

und führte Gespräche mit Bruchsal. Neuthard wollte selbstständig bleiben, führte allerdings sicherheitshalber unverbindliche Gespräche mit Karlsdorf.

Am 21. Februar besprach Bürgermeister Hecht den angestrebten Zusammenschluss mit Staffort mit Dr. Zerr vom Regierungspräsidium. Am 23. Februar fand die dritte Sitzung der Verhandlungskommissionen statt, der dritte Entwurf der Vereinbarung wurde erarbeitet. Es folgte am 25. Februar eine wichtige Sitzung beim Staatlichen Schulamt Karlsruhe. Nach dem Zusammenschluss von Spöck und Staffort sollte ein Antrag auf Änderung des Schulentwicklungsplans gestellt werden. Bisher war vorgesehen, für Staffort und Friedrichstal eine Nachbarschaftsgrundschule einzurichten.

Eine Bürgerversammlung fand am 17. März 1972 in Spöck statt, die vorbereitete Informationsschrift wurde bereits an anderer Stelle vorgestellt. Die Bürgeranhörung brachte allerdings nicht das erhoffte Ergebnis. Am 10. April 1972 musste Bürgermeister Richard Hecht seinem Stafforter Kollegen mitteilen, dass sich nur ein kleiner Teil der Spöcker Bürgerschaft für den Zusammenschluss mit Staffort ausgesprochen hatte, obwohl der Gemeinderat einstimmig dafür votiert hatte. Richard Hecht bedauerte das Ergebnis.

Am 16. August 1972 teilte die Gemeinde Staffort dem Landratsamt mit, dass der Gemeinderat für eine Anfrage beim Innenministerium in Stuttgart votiert hatte, ob die Möglichkeit der Genehmigung zur Bildung einer Großgemeinde aus den jetzigen Gemeinden Blankenloch, Spöck, Friedrichstal und Staffort bestehen würde. Der Beschluss war in nichtöffentlicher Sitzung gefasst worden. Vertraulichkeit wurde zugesichert.

Der Informationsdienst der Pressestelle des Staatsministeriums Baden-Württemberg fragte schon im Oktober 1971: „Gemeindereform – warum? – wohin?“ Die Antwortüberschriften lauteten: Gleiche Lebensbedingungen für alle Bürger, Ge-

Es gibt nicht mehr viele Personen, die als Zeitzeugen die Entstehung der Gemeinde Stutensee miterlebt haben. Ich habe einige angesprochen, die sich noch an die 1970er Jahre erinnern, die damals selbst kommunalpolitisch aktiv waren oder die in

späterer Zeit die Entwicklung der Stadt Stutensee mitgestaltet haben.

Sie kommen im Folgenden zu Wort und berichten mehr oder weniger ausführlich von ihren Erinnerungen.

**Heinz Fenrich**, ehemaliger Stadtrat, Bürgermeister und Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe hat die Entstehung und Entwicklung des ‚Stutensee-Vertrages‘ nur rudimentär verfolgen können, nachdem er erst relativ kurze Zeit zuvor beruflich aus dem Parlamentarischen Dienst des Landtags nach Karlsruhe zurückgekehrt war. Entsprechend dem in unserer Region stets gepflegten guten Miteinander ist sehr schnell auch mit ihm ein gutes Klima des Miteinanders erzielt worden.

„Meine Erfahrungen mit Stutensee waren auf allen Ebenen durchweg positiv“, schreibt Heinz Fenrich. „Sie waren von nachbarlicher Freundschaft gekennzeichnet und zwar auf allen Ebenen und unabhängig aus allen Bereichen. Und sicher bietet auch das 50-jährige Jubiläum in diesem Jahr Gelegenheit, gemeinsam auf das miteinander Erreichte zurückzublicken und mit Optimismus auf zukünftige Herausforderungen zu schauen, immer mit dem Ziel – wo notwendig – gemeinsame Lösungen zu finden zum Wohle aller Bewohnerinnen und Bewohner in beiden Städten. Dazu ein herzliches Glück auf.“

Der langjährige Bürgermeister von Weingarten **Klaus-Dieter Scholz** (1985–2010) übermittelte folgende Gedanken zu 50 Jahre Stutensee:

„Den Zusammenschluss der ehemals selbständigen Gemeinden im Jahr 1975 und die ersten Jahre des Zusammenwachsens habe ich nicht persönlich erlebt, da ich erst 10 Jahre später zum Bürgermeister des fröhlichen Weindorfs Weingarten gewählt wurde und damals noch im Kreis Ludwigsburg lebte.“

Dennoch habe ich eine Erinnerung, die in das Jahr 1972 zurückführt. Ich war im Frühsommer dieses Jahres als junger Inspektor der Stadt Stuttgart auf einem Lehrgang des Bundesverbandes für den Zivilschutz in Spöck, der dort ein Ausbildungszentrum und ein Zentrallager unterhielt. Seinerzeit ein beschauliches Dorf. Mir fielen insbesondere die vielen Lautsprecher der Ortsrufanlage auf. Dies kannte ich nicht.

In meinen 25 Jahren als Bürgermeister ergaben sich viele Kontakte zu Stutensee. Persönliche mit den geschätzten Kollegen Richard Hecht und Klaus Demal, mit denen sich über die kommunalen Belange hinaus ein freundschaftliches Verhältnis entwickelte. Ich habe meine Kollegen nicht immer beneidet, weil ich den Eindruck hatte, dass das Zusammenwachsen von fünf eigenständigen Gemeinden mit den vielen ausgeprägten Persönlichkeiten in Politik und Vereinsleben kein leichtes Unterfangen war. Aber anderen Fusionsgemeinden ging es ähnlich.

Stutensee hat sich in diesen Jahren beträchtlich entwickelt. Sei es städtebaulich, gewerblich, kulturell oder als Schulzentrum, an dem auch Weingarten gern partizipiert.

Auch kommunalpolitisch bestehen seit vielen Jahren gute Beziehungen zwischen beiden Kommunen, bilden wir doch einen gemeinsamen Wahlbezirk für die Kreistagswahlen. Es besteht über alle Parteigrenzen hinweg ein angenehmes Miteinander zum Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger.

So lässt sich als Fazit aus meiner Sicht feststellen: Aus den ehemals fünf Dörfern hat sich Stutensee, mittlerweile Große Kreisstadt, als Zentrum in der Region und als gelungenes Beispiel der Gemeindereform etabliert.“

**Bernd Doll**, Bürgermeister als 1. Beigeordneter (1979–1985) und Oberbürgermeister (1986–2009) von Bruchsal und langjähriger Präsident des Städtetags Baden-Württemberg, erinnert sich an ein gut nachbarschaftliches Verhältnis mit Stutensee und den früher selbstständigen Gemeinden.

„Die politische und rechtliche Zusammenarbeit war geschichtsbedingt weniger ausgeprägt, da die Gemeinden zwischen Karlsruhe und Bruchsal zum Landkreis Karlsruhe und Bruchsal zum ehemaligen Landkreis Bruchsal gehört hatten. Es gab eine gemeinsame evangelische Kirchengemeinde und eine Buslinie.

**Wolfgang Sickinger** war von 1980 bis 2009 Gemeinderat und gehört nach einer selbst gewählten Pause dem Gremium seit 2014 wieder an. Von 1980 bis 2004 war er auch Ortschaftsrat und durchgehend 1. Stellvertreter des Ortsvorstehers. Seit 2019 ist Wolfgang Sickinger auch Mitglied des Kreistags des Landkreises Karlsruhe.

Als Realschullehrer an der Erich-Kästner-Realschule waren ihm die Schulen in Stutensee besonders wichtig. Heute im Ruhestand schreibt er:

„Ich bin als junger Lehrer an der Erich-Kästner-Realschule ein Dreivierteljahr nach der Gründung Stutensees zugezogen, habe also die Entwicklungen in den vergangenen 50 Jahren fast von Anfang an mitverfolgt. Mag es in den ersten Jahren nach dem Zu-

**Melitta Bernauer**, ehemalige Ortsvorsteherin von Staffort, war bei der Gemeindereform 12 Jahre alt, wie sie schreibt:

„In meiner Jugend habe ich das Ortsteildenken als ausgeprägt empfunden. Inzwischen hat sich das deutlich geändert und das Konkurrenzdenken in den Ortsteilen hat deutlich nachgelassen, und in vielen Bereichen gibt es ein gutes Miteinander. Die Stadt ist gewachsen und auch im menschlichen Miteinander zusammengewachsen.

Dennoch wünsche ich mir einige Verbesserungen für die Zukunft. Einen öffentlichen Nahverkehr zwischen allen Ortsteilen erachte ich als sehr wichtig. Alle Stadtteile bequem mit Bus oder Bahn zu erreichen, klappt leider nicht. Staffort ist in der öffentlichen Infrastruktur deutlich zurückgeblieben. Da muss stark nachgebessert werden.

Das eigentliche Fusionsthema war für die Stadt Bruchsal nicht relevant, da es keine sozialen und keine wirtschaftlichen Verbindungen gab. Dass sich dann eine neue Stadt zwischen Karlsruhe und Bruchsal bildete, war gefühlsmäßig eher positiv, da wir dann als Große Kreisstädte gemeinsame Interessen im Landkreis und gegenüber der Stadt Karlsruhe zu vertreten hatten. In der Bruchsaler Bevölkerung selbst hat das Fusionsthema von Stutensee keinerlei Rolle gespielt.“

sammenschluss der Harthdörfer Blankenloch/Büchig, Friedrichstal, Spöck und Staffort noch teilweise ein gewisses Ortsteildenken gegeben haben, so hat sich dies bei den jungen Menschen im Schulzentrum Stutensee nicht gezeigt. Als Lehrer sind mir nie ortsteilbezogene Vorbehalte unter den Schülerinnen und Schülern aufgefallen. Sowohl in der Realschule als auch im Gymnasium sitzen in den Klassen Schülerinnen und Schüler bunt durchmischt aus allen Stadtteilen und Weingarten und lernen sich gegenseitig unabhängig von ihren Wohnorten kennen und schätzen. Die gemeinsame Zeit am Schulzentrum hat so von Anfang an einen wertvollen Beitrag zur Reduzierung von eventuell noch existierenden Vorbehalten und damit zur Entwicklung eines überörtlichen Gemeinsinns geleistet.“

In 50 Jahren sehe ich Stutensee mit seinen Stadtteilen, die ihre Charakteristik bewahren durften und konnten und sich jederzeit unterstützen. Durch einen deutlich verbesserten ÖPNV, um zwischen den Stadtteilen pendeln zu können, ergeben sich auch neue Optionen für die Vereinsstrukturen und ortsteilübergreifende Vereinsarbeit und die Kinderbetreuung.

In 50 Jahren sehe ich die Pendler an der Stafforter Straßenbahnhaltestelle in die S? einsteigen – oder waren es doch autonome kleine E-Busse, die zwischen den Stadtteilen und den Nachbarkommunen verkehren und Staffort im 30 min-Takt bedienen?

Ich sehe wieder Geschäfte und Gaststätten in allen Ortskernen, vor allem in der Stutenseer Hauptstraße, als attraktive Nahversorgung und Treffpunkte für alle Stutenseer.“